

An alle Stadträtinnen und Stadträte mit der Bitte um Kenntnisnahme

Keine Eigentümerzielsetzung vor Bürgerbeteiligung Stutensee, 22.04.2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bürgerinnen und Bürger haben uns auf TOP 10 der kommenden Gemeinderatssitzung aufmerksam gemacht. In dieser Vorlage räumt die Stadtverwaltung ihr eigenes Versagen ein und fordert Sie zugleich paradoxerweise auf, eine Eigentümerzielsetzung zu beschließen.

Eigentümerzielsetzung vor Bürgerbeteiligung ist äußerst fragwürdig

Eine von der Stadtverwaltung groß angelegte versprochene und vom vorherigen Gremium beschlossene Bürgerbeteiligung wurde bereits in dieser Periode von Ihnen deutlich reduziert. Wollen Sie jetzt noch einmal weitere Änderungen vornehmen?

Die vorliegende Beschlussvorlage zur Eigentümerzielsetzung für den Stadtwald Stutensee weist erhebliche demokratische und verfahrensbezogene Defizite auf. Der zentrale Kritikpunkt betrifft die gewählte Reihenfolge des Prozesses: Die Eigentümerzielsetzung als strategische Grundlage der künftigen Waldbewirtschaftung soll beschlossen werden, bevor die noch ausstehende Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wurde. Damit wird der übliche und demokratisch sinnvolle Ablauf faktisch umgekehrt. In einem transparenten und partizipativen Verfahren müssten zunächst Ziele und Leitlinien gemeinsam mit der Öffentlichkeit entwickelt werden, auf deren Basis anschließend konkrete Planungen erfolgen. Hier hingegen werden die wesentlichen Leitplanken vorab festgelegt, während die Beteiligung erst nachgelagert erfolgt.

Dies hat zur Folge, dass die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger strukturell eingeschränkt wird. Die Vorlage differenziert ausdrücklich zwischen Fragen des „Ob“, die nicht zur Diskussion stehen sollen, und Fragen des „Wie“, die noch mitgestaltet werden können. Auch wenn bestimmte fachliche Rahmenbedingungen – etwa die Notwendigkeit der Klimaanpassung – unstrittig sind, bleibt deren konkrete Ausgestaltung stets eine politische Abwägungsfrage. Indem diese Grundsatzentscheidungen vorab getroffen werden, reduziert sich die Beteiligung faktisch auf Detailfragen. Eine solche Form der Mitwirkung läuft Gefahr, konsultativ zu bleiben, ohne echten Einfluss auf die strategische Ausrichtung zu ermöglichen.

Besonders kritisch ist zudem die vorgesehene zeitliche Entkopplung von Entscheidung und Beteiligung. Die Vorlage lässt offen, in welcher Form die Ergebnisse der späteren Öffentlichkeitsbeteiligung tatsächlich in die bereits beschlossene Eigentümerzielsetzung zurückwirken sollen. Ohne klare Mechanismen zur Verbindlichkeit entsteht der Eindruck, dass Beteiligung zwar formal angeboten wird, ihre Ergebnisse jedoch keinen substanziellen Einfluss mehr entfalten können. Dies steht im Widerspruch zu dem selbst formulierten Anspruch, „Scheinbeteiligung“ vermeiden zu wollen. Denn eine Beteiligung, die erst nach Festlegung der wesentlichen Ziele erfolgt, birgt genau dieses Risiko.

Hinzu kommt, dass die Grenzen der Mitwirkung einseitig durch Verwaltung und Forst definiert werden. Welche Themen als beeinflussbar gelten und welche nicht, wird vorab festgelegt, ohne dass diese Abgrenzung selbst Gegenstand einer öffentlichen oder politischen Diskussion ist. Damit wird Beteiligung nicht als offener Prozess verstanden, sondern als Beteiligung innerhalb eines bereits vorgegebenen Rahmens. Dies entspricht nicht modernen Standards deliberativer Demokratie, die gerade auf frühzeitige, ergebnisoffene Einbindung setzen.

Auch die fehlende Einbindung weiterer demokratischer Gremien ist problematisch. Weder Ortschaftsräte noch Jugendbeteiligungsformate gemäß § 41a der Gemeindeordnung Baden-Württemberg wurden einbezogen. Gerade beim Thema Wald, das sowohl für die lokale Bevölkerung als auch für zukünftige Generationen von hoher Bedeutung ist, wäre eine breitere institutionelle Beteiligung angezeigt gewesen. Oder gibt es die Jugendbeteiligung in Stutensee immer noch nicht? Auf jeden Fall wird der Eindruck eines verkürzten Beteiligungsprozesses verstärkt.

Die in der Vorlage angeführten Gründe für die Anpassung des Verfahrens – insbesondere personelle Engpässe und organisatorische Veränderungen innerhalb der Verwaltung – sind nachvollziehbar, können jedoch keine Rechtfertigung für die Einschränkung demokratischer Beteiligung sein. Interne Verwaltungsprobleme dürfen nicht dazu führen, dass zentrale Mitwirkungsrechte faktisch reduziert werden. Die Qualität demokratischer Entscheidungsprozesse muss unabhängig von solchen Faktoren gewährleistet bleiben.

Schließlich ist zu betonen, dass es sich bei der Eigentümerzielsetzung keineswegs um einen rein technischen Zwischenschritt handelt. Vielmehr definiert sie die strategische Ausrichtung der Waldbewirtschaftung für die kommenden Jahre und bildet die Grundlage für die Forsteinrichtung. Damit werden langfristige Prioritäten gesetzt, die nur schwer revidierbar sind. Gerade angesichts der vielfältigen Gemeinwohlfunktionen des Kommunalwaldes wäre eine frühzeitige und substanzielle Einbindung der Öffentlichkeit zwingend geboten.

Ergänzend einige zentrale Punkte:

1. Fehlendes Waldleitbild seit Jahren

Die Erstellung eines verbindlichen Waldleitbildes ist seit Jahren überfällig. Bereits im September 2021 hat unser Forstexperte Volker Ziesling im Rahmen einer Begehung des Lachwalds gegenüber Oberbürgermeisterin Becker angeregt, ein solches verbindliches Leitbild für den Stadtwald Stutensee zu entwickeln. Seither wurden entsprechende Zusagen mehrfach in Aussicht gestellt, auch in Gemeinderatssitzungen.

Das Fehlen eines Waldleitbildes wurde von der Verwaltung sogar als Teil der Begründung herangezogen, um das Förderprogramm „Klimaangepasstes Waldmanagement“ abzulehnen. Zudem wurden Ihnen in diesem Zusammenhang teilweise unzutreffende oder unvollständige Informationen vorgelegt, die maßgeblich zu Ihrer Entscheidung beigetragen haben dürften.

Auch konkrete Anregungen aus dem Gemeinderat – etwa zur Erfassung bislang nicht kartierter Entwässerungsstrukturen zur Entwicklung eines sogenannten „Schwammwaldes“ – wurden bislang nicht von der Verwaltung aufgegriffen.

2. Mangelnde Transparenz und widersprüchliches Vorgehen

Das öffentliche Erscheinungsbild der Stadt Stutensee ist zunehmend belastet – unter anderem durch Probleme im Bereich Schulen, Kitas, Infrastruktur sowie durch Defizite bei der Reinhaltung von Wasser und Luft. Hinzu kommen eine aus Sicht vieler Bürger unzureichende Transparenz und ein Vertrauensverlust im Verwaltungshandeln.

Exemplarisch hierfür steht der Umgang mit dem geplanten Workshop zur Erarbeitung des Waldleitbildes: Der für Januar 2026 angesetzte Termin wurde kurzfristig mit Verweis auf eine Krankheitswelle abgesagt. In der entsprechenden E-Mail hieß es, man werde „baldmöglichst einen neuen Termin festlegen“ und „umgehend wieder auf Sie zukommen“.

Stattdessen wird nun im April über eine Beschlussvorlage bekannt, dass zunächst konzeptionelle Änderungen beschlossen werden sollen und die Veranstaltung erst im Herbst stattfinden wird. Ein transparentes und verlässliches Vorgehen sieht anders aus.

Diese Abfolge aus Ankündigungen, Verzögerungen und ausbleibender Umsetzung erweckt den Eindruck, dass zentrale Themen aufgeschoben werden, bis sie faktisch in den Hintergrund treten. Vor diesem Hintergrund sollte auch diese aktuell eingebrachte Beschlussvorlage besonders kritisch geprüft werden.

3. Nachhaltigkeit der Waldbewirtschaftung nicht gewährleistet

Das Waldgesetz Baden-Württemberg schreibt eine nachhaltige Bewirtschaftung vor. Dies bedeutet, dass nur so viel Holz entnommen werden darf, wie im gleichen Zeitraum nachwächst.

Im Stadtwald Stutensee ist dies seit Jahren nicht der Fall. Nachweislich wurde über längere Zeiträume hinweg mehr Holz eingeschlagen, als nachwachsen konnte. Dazu beigetragen haben unter anderem die von Ihnen genehmigten Vereinbarungen zwischen Stadt und Forstverwaltung, die eine Vermarktung der Holzernte sowie eine möglichst hohe Holzentnahme vorsehen.

Auch im aktuellen Forsteinrichtungswerk wurden die geplanten Einschlagsmengen wiederholt angepasst. Dennoch wurden – trotz klimabedingtem Schadholzanfall – zusätzlich gesunde Bäume gefällt, darunter mit Ihrer Zustimmung sogar Laubbäume wegen unrentablen Verkaufserlösen für Nadelholz.

Besonders kritisch ist in diesem Zusammenhang, dass Ihnen der gesetzlich vorgesehene Zwischenbericht zur Forsteinrichtung nach fünf Jahren nicht vorgelegt wurde. Dadurch konnten Sie dessen Inhalte – beispielsweise sehr niedriger Holzvorrat – bei Ihren jährlichen Beschlüssen zur Bewirtschaftung nicht berücksichtigen.

Hinzu kommt, dass seitens der Forstverwaltung in der entsprechenden Sitzung im Herbst erklärt wurde, der Zwischenbericht liege noch nicht vor – obwohl er bereits im Frühjahr unter Beteiligung der Stadtverwaltung erstellt worden war. Diese Informationslage wirft erhebliche Fragen über Förster und Stadtverantwortliche auf.

4. Deutlich reduzierter Holzvorrat im Stadtwald

Die Konsequenzen dieser Entwicklung sind gravierend: Der Holzvorrat im Stadtwald Stutensee liegt inzwischen bei nur noch etwas über 50 Prozent des Landesdurchschnitts. Damit stellt Stutensee einen Sonderfall dar.

Nach Berechnungen unseres Forstexperten – Diplom-Forstwirt a. D. in der Endstufe des höheren Forstdienstes – würde es bei einem vorübergehenden Verzicht auf weitere Nutzung etwa 8 bis 10 Jahre dauern, um wieder ein durchschnittliches Landes-Niveau zu erreichen.

Diese Ausgangslage sollte bei allen künftigen Entscheidungen, insbesondere im Hinblick auf die nächste Forsteinrichtung, zwingend berücksichtigt werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass ein derartiger Beschluss die Möglichkeiten echter Mitbestimmung deutlich einschränkt. Die zentrale strategische Vorfestlegung vor Abschluss der Beteiligung schwächt die demokratische Qualität des Prozesses erheblich. Es wäre daher sachgerecht, die Beschlussfassung über die Eigentümerzielsetzung zurückzustellen, bis eine umfassende, ergebnisoffene und institutionell breit abgestützte Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt ist. Denn die nächste Forsteinrichtung ist unter den gegebenen Umständen für den Erhalt des Stadtwalds von immenser Bedeutung.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Heger, Waldbürgerinitiative